



Niederlassung und Beschäftigung von Familienangehörigen

Die unten angeführten Familienangehörigen und anderen Angehörigen aus Drittstaaten benötigen für die Rechtmäßigkeit ihres längerfristigen Aufenthaltes in der Regel einen **Aufenthaltstitel**. Nur in seltenen Fällen können sich Familienangehörige von ÖsterreicherInnen auf EU-Recht berufen und brauchen lediglich eine **Dokumentation**.

Erstanträge müssen in der Regel bei den österreichischen Botschaften im **Wohnsitzland** gestellt und die Erteilung des Aufenthaltstitels dort abgewartet werden. Diese **Anträge** können auch im **Inland** bei den zuständigen Aufenthaltsbehörden (in Wien bei der Magistratsabteilung 35) gestellt werden, wenn Personen sich nach visumfreier Einreise rechtmäßig in Österreich aufhalten (Familienangehörige von ÖsterreicherInnen auch mit einem Visum) oder sehr wichtige berücksichtigungswürdige Gründe haben. Endet der rechtmäßige Aufenthalt vor der Erteilung des Aufenthaltstitels, muss die Entscheidung in **der Regel im Ausland** abgewartet werden. Bei bestimmten Anträgen kann man die Entscheidung **auch im Inland** abwarten.

Verlängerungsanträge müssen **unbedingt vor Ablauf** des letzten erteilten Aufenthaltstitels gestellt werden. Danach gestellte Anträge gelten **grundsätzlich** als Erstanträge. In diesem Fall kann es passieren, dass der/die AntragstellerIn Österreich verlassen und den Verfahrensausgang im Ausland abwarten muss. Außerdem beginnen die Fristen für den Erwerb von langfristigen Aufenthaltstiteln oder der Staatsbürgerschaft wieder neu zu laufen.

Allgemeine Voraussetzungen für die Erteilung von Aufenthaltstiteln

- **Nachweis des Rechtsanspruchs auf eine ortsübliche Unterkunft**
durch Haupt- oder Untermietvertrag, Eigentumsnachweis, etc. (In den Unterkünften bei nahen Angehörigen genügt meist eine verbindliche Wohnrechtsvereinbarung.)
- **Feste und regelmäßige Einkünfte über den ASVG-Richtsätzen**
Richtsätze im Jahr 2019 betragen für eine Person € 933,06, pro Paar € 1.398,97 und pro Kind € 143,97 netto monatlich. Die Summe regelmäßiger Aufwendungen wie Miete, Kreditraten, Pfändungen und Unterhaltszahlungen erhöht ab einer Höhe von € 294,65 zusätzlich den Richtsatz.
- **Nachweis einer alle Risiken abdeckenden Krankenversicherung**
durch Pflichtversicherung, Mitversicherung, Selbstversicherung, etc.
- **Keine Erteilungshindernisse**
wie durchsetzbare Rückkehrentscheidung, aufrechtes Aufenthaltsverbot oder Rückkehrverbot, anhängiges Verfahren zur Aufenthaltsbeendigung, „Aufenthaltsehe“ oder „Aufenthaltsadoption“, Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, etc.
- **Nachweis von Deutschkenntnissen und Erfüllung der Integrationsvereinbarung**
Nachweis von Deutschkenntnissen (A1 Niveau) bei der Erstantragstellung und Erfüllung des Moduls 1 der Integrationsvereinbarung (Erwerb von Deutschkenntnissen auf A2 Niveau und Vermittlung der grundlegenden Werte der Rechts- und Gesellschaftsordnung) innerhalb von zwei Jahren sind verpflichtend. Erfüllung des Moduls 2 (Erwerb von Deutschkenntnissen auf B1 Niveau und vertiefte Vermittlung der grundlegenden Werte der Rechts- und Gesellschaftsordnung) ist zwar nicht verpflichtend, aber für den Erhalt des Aufenthaltstitels „Daueraufenthalt–EU“ notwendig. Bestimmte Personen sind von dieser Pflicht (z.B. unmündige Kinder, etc.) ausgenommen oder diese Pflicht (z.B. Abschluss einer bestimmten Schulbildung, etc.) gilt als erfüllt. Es gibt auch teilweise Kostenrückerstattung von Bund und Ländern für das Modul 1 der Integrationsvereinbarung.
- **Mindestalter für Ehepaare und eingetragene PartnerInnen**
Ehepaare/eingetragene PartnerInnen (Eingetragene PartnerInnen wurden bereits den Ehepaaren gleichgestellt) müssen bereits zum Zeitpunkt der Erstantragstellung das 21. Lebensjahr vollendet haben.

Familiengemeinschaft mit Drittstaatsangehörigen

EhegattInnen und **minderjährige Kinder** von in Österreich niedergelassenen Drittstaatsangehörigen oder Asylberechtigten erhalten einen Aufenthaltstitel **„Rot-Weiß-Rot – Karte plus“** oder eine **„Niederlassungsbewilligung“**, wenn die allgemeinen Voraussetzungen erfüllt sind und ein Quotenplatz (für bestimmte Personen auch quotenfrei) vorhanden ist. In bestimmten Fällen können diese Familienangehörigen auch einen **anderen Aufenthaltstitel** bekommen.

Diese Aufenthaltstitel werden in den ersten 2 Jahren grundsätzlich jeweils für 1 Jahr ausgestellt. Danach werden sie für 3 Jahre erteilt, wenn neben den Erteilungsvoraussetzungen auch das Modul 1 der Integrationsvereinbarung erfüllt wurde. Nach 5-jähriger ununterbrochener Niederlassung kann der Aufenthaltstitel **„Daueraufenthalt-EU“** erteilt werden, wenn die Erteilungsvoraussetzungen weiter vorliegen und das Modul 2 der Integrationsvereinbarung erfüllt wurde.

Die Aufenthaltstitel **„Rot-Weiß-Rot – Karte plus“** und **„Daueraufenthalt - EU“** beinhalten einen freien Arbeitsmarktzugang. Für die Arbeitsaufnahme ist keine zusätzliche Bewilligung notwendig.

Mit den anderen Aufenthaltstiteln hat man grundsätzlich keinen sofortigen freien Arbeitsmarktzugang. Personen, die im Besitz einer **„Niederlassungsbewilligung“** sind, können im Rahmen eines Zweckänderungsverfahrens auch einen Aufenthaltstitel **„Rot-Weiß-Rot – Karte plus“** erhalten, wenn gewisse Voraussetzungen¹ vorliegen.

Wegfall der Familieneigenschaft

Die Familieneigenschaft kann aus verschiedenen Gründen verloren gehen. Danach kann eine Person in Österreich bleiben, wenn sie bestimmte Erteilungsvoraussetzungen selber erfüllt:

Nach Wegfall der Familieneigenschaft (z.B. einvernehmliche Scheidung, Zusammenführende/r ist nicht mehr in Österreich, usw.) in den ersten fünf Jahren können Personen nur in Österreich bleiben, wenn die oben genannten Erteilungsvoraussetzungen von ihnen selber erfüllt werden. Bei Gewalt in der Familie, Scheidung aus Verschulden des/der Zusammenführenden, Tod des/der Zusammenführenden, etc., müssen gewisse Erteilungsvoraussetzungen (z.B. Einkommen, etc.) nicht erfüllt werden.

Wegfall der Familieneigenschaft nach fünf Jahren: Personen mit dem Aufenthaltstitel **„Daueraufenthalt - EU“** sind bereits in Österreich unbefristet niedergelassen und können nur wegen bestimmter Straftatbestände ausgewiesen werden. Bei noch befristeten Aufenthaltstiteln sollten grundsätzlich bestimmte Erteilungsvoraussetzungen weiter erfüllt werden.

Anmerkung 1: Personen, die im Besitz einer „Niederlassungsbewilligung“ oder einer „Niederlassungsbewilligung – Angehöriger“ sind, können im Rahmen eines Zweckänderungsverfahrens einen Aufenthaltstitel **„Rot-Weiß-Rot – Karte plus“** erhalten, wenn sie,

1. seit 2 Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet niedergelassen und fortgeschritten integriert sind oder
2. im Besitz einer gültigen Arbeitserlaubnis oder eines gültigen Befreiungsscheines sind oder
3. Ehegatte, eingetragener Partner oder minderjähriges lediges Kind (einschließlich Stief- und Adoptivkind) eines Ausländers gemäß Z 1 oder 2 und bereits zwölf Monate rechtmäßig im Bundesgebiet niedergelassen sind.

Als fortgeschritten integrierte Personen gelten insbesondere nachgezogene Familienangehörige, die das Modul I der Integrationsvereinbarung erfüllt haben. Bei Opfern familiärer Gewalt kann vom Erfordernis einer 2-jährigen rechtmäßigen Niederlassung abgesehen werden, wenn die Aufnahme einer Beschäftigung zur Sicherung einer selbständigen Lebensführung geboten ist.

Bis zum Erhalt des Aufenthaltstitels „Daueraufenthalt EU“ müssen diese Umstände innerhalb eines Monats der Aufenthaltsbehörde bekannt gegeben werden, auch wenn der erteilte Aufenthaltstitel noch länger gültig ist. Sonst droht Ihnen wegen verspäteter Meldung eine Geldstrafe. Vor der Bekanntgabe überprüfen Sie unbedingt, ob Sie die genannten Voraussetzungen erfüllen!!!

Familiengemeinschaft mit ÖsterreicherInnen

EhegattInnen und minderjährige unverheiratete Kinder haben einen Rechtsanspruch auf den Aufenthaltstitel „**Familienangehöriger**“, wenn die allgemeinen Voraussetzungen erfüllt sind. Dieser Aufenthaltstitel ist quotenfrei.

Der Aufenthaltstitel „**Familienangehöriger**“ wird in den ersten 2 Jahren grundsätzlich jeweils für 1 Jahr ausgestellt. Danach wird er für 3 Jahre erteilt, wenn neben den Erteilungsvoraussetzungen auch das Modul 1 der Integrationsvereinbarung erfüllt wurde. Nach 5-jähriger ununterbrochener Niederlassung kann der Aufenthaltstitel „**Daueraufenthalt-EU**“ erteilt werden, wenn die Erteilungsvoraussetzungen weiter vorliegen und das Modul 2 der Integrationsvereinbarung erfüllt wurde.

Die Aufenthaltstitel „**Familienangehöriger**“ und „**Daueraufenthalt - EU**“ beinhalten einen freien Arbeitsmarktzugang. Für die Arbeitsaufnahme ist keine zusätzliche Bewilligung notwendig.

Wegfall der Familieneigenschaft

Die Familieneigenschaft kann aus verschiedenen Gründen verloren gehen. Danach kann eine Person auch in Österreich bleiben, wenn sie bestimmte Erteilungsvoraussetzungen selber erfüllt:

Nach Wegfall der Familieneigenschaft (z.B. einvernehmliche Scheidung, Zusammenführende/r ist nicht mehr in Österreich, usw.) in den ersten fünf Jahren können Personen nur in Österreich bleiben, wenn die Erteilungsvoraussetzungen von ihnen selber erfüllt werden. Bei Gewalt in der Familie, Scheidung aus Verschulden des/der Zusammenführenden, Tod des/der Zusammenführenden, etc., müssen gewisse Erteilungsvoraussetzungen (z.B. Einkommen, etc.) nicht erfüllt werden.

Wegfall der Familieneigenschaft nach fünf Jahren: Personen mit dem Aufenthaltstitel „Daueraufenthalt - EU“ sind bereits in Österreich unbefristet niedergelassen und können nur wegen bestimmter Straftatbestände ausgewiesen werden. Bei noch befristeten Aufenthaltstiteln sollten grundsätzlich bestimmte Erteilungsvoraussetzungen weiter erfüllt werden.

Bis zum Erhalt des Aufenthaltstitels „Daueraufenthalt EU“ müssen diese Umstände innerhalb eines Monats der Aufenthaltsbehörde bekannt gegeben werden, auch wenn der erteilte Aufenthaltstitel noch länger gültig ist. Sonst droht Ihnen wegen verspäteter Meldung eine Geldstrafe. Vor der Bekanntgabe überprüfen Sie unbedingt, ob Sie die genannten Voraussetzungen erfüllen!!! Für den weiteren Aufenthalt ist nun ein neuer Aufenthaltstitel „Rot-Weiß-Rot – Karte plus“ notwendig und soll gleich mit der Mitteilung bei der Aufenthaltsbehörde beantragt werden.

Andere Angehörige von ÖsterreicherInnen

Für andere Angehörige (Eltern, Großeltern, erwachsene Kinder, bestimmte Verwandte etc.) aus Drittstaaten kann auf Antrag eine quotenfreie „**Niederlassungsbewilligung-Angehöriger**“ erteilt werden, wenn die genannten Erteilungsvoraussetzungen erfüllt werden. Die/der zusammenführende/r ÖsterreicherIn muss jedenfalls eine Haftungserklärung abgeben und diese muss auch tragfähig sein (ausreichende Unterhaltsmittel für beantragte Person, nach Abzug des notwendigen Einkommens für die Kernfamilie).

Der Aufenthaltstitel „**NB-Angehöriger**“ wird in den ersten 2 Jahren jeweils für 1 Jahr ausgestellt. Danach wird er für 3 Jahre erteilt, wenn neben den Erteilungsvoraussetzungen auch das Modul 1 der Integrationsvereinbarung erfüllt wurde. Nach 5-jähriger ununterbrochener Niederlassung kann der Aufenthaltstitel „**Daueraufenthalt-EU**“ erteilt werden, wenn die Erteilungsvoraussetzungen weiter vorliegen und das Modul 2 der Integrationsvereinbarung erfüllt wurde.

Der Aufenthaltstitel „**Daueraufenthalt-EU**“ beinhaltet auch einen freien Arbeitsmarktzugang. Will eine Person mit „**NB-Angehöriger**“ vor Erhalt des Aufenthaltstitels „**Daueraufenthalt-EU**“ arbeiten, kann sie im Rahmen eines Zweckänderungsverfahrens einen Aufenthaltstitel „**Rot-Weiß-Rot – Karte plus**“ erhalten, wenn **gewisse Voraussetzungen**¹ (siehe Anmerkungen Seite 2) vorliegen und ein freier **Quotenplatz** vorhanden ist!

Die Eigenschaft als Angehörige/r kann verloren gehen, wenn der/die ÖsterreicherIn aus verschiedenen Gründen (z.B. Scheidung, Tod des/der Zusammenführenden, usw.) als **Haftende/r** wegfällt. In diesem Fall können Personen nur dann in Österreich bleiben, wenn ein/e **andere/r** geeignete/r EWR-BürgerIn oder ÖsterreicherIn die Haftung übernehmen kann oder sie selbst (z.B. durch Beschäftigung) die Erteilungsvoraussetzungen weiter erfüllen. Bei solchen Fällen soll die Aufenthaltsbehörde kontaktiert und eventuell ein Antrag auf einen weiteren Aufenthaltstitel gestellt werden. Überprüfen Sie aber vorher unbedingt, ob Sie die genannten Voraussetzungen erfüllen!!!

Nach Erhalt des Aufenthaltstitels „Daueraufenthalt - EU“ sind diese Personen aufenthaltsverfestigt und können nur wegen bestimmter Straftatbestände ausgewiesen werden. Bei noch befristeten Aufenthaltstiteln sollten grundsätzlich bestimmte Erteilungsvoraussetzungen weiter erfüllt werden.

Anmerkung: Da die vorliegenden Bestimmungen sehr gekürzt wiedergegeben wurden, ersuchen wir Sie genaue Auskünfte bei der Aufenthaltsbehörde MA 35, beim AMS oder im Beratungszentrum für Migranten und Migrantinnen einzuholen. Wir weisen darauf hin, dass trotz sorgfältiger Bearbeitung Fehler passieren und deshalb keine Gewähr für Angaben in diesen Informationen übernommen werden können.

Männer und Frauen: 1010 Wien, Hoher Markt 8/4/2 Tel: 01 712 56 04	Frauen: 1010 Wien, Marc Aurel Straße 2a/6/2/10 Tel: 01 982 33 08
http://www.migrant.at E-Mail: migrant@migrant.at	http://www.migrant.at E-Mail: migrantin@migrant.at
Diese Publikation wird aus Mitteln des Arbeitsmarktservice und der Magistratsabteilung 17 gefördert.	
 Arbeitsmarktservice Wien	 StoDt+Wien Wien ist anders. WIEN IST VIELFALT. MA 17